



HESSEN



Bericht aus Brüssel

23/2025 vom 15.12.2025

**Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-Mail: hessen.eu@lv-brussel.hessen.de**

Inhaltsverzeichnis

Außen- und Verteidigungspolitik.....	3
Europäischer Ausschuss der Regionen.....	3
Wirtschaft.....	4
Verkehr.....	5
Energie.....	5
Digital.....	6
Finanzdienstleistungen.....	6
Finanzen.....	7
Soziales.....	8
Gesundheit und Verbraucherschutz.....	9
Landwirtschaft und Umwelt.....	10
Justiz.....	10
Innere.....	11
Bildung und Kultur.....	12
Veranstaltungen.....	13
Vorschau.....	14

Außen- und Verteidigungspolitik

Kommission; Paket Militärische Mobilität

Am 19.11.2025 hat die Kommission das Paket Militärische Mobilität vorgelegt mit dem Ziel, den Transport von Truppen, Ausrüstung und militärischen Gütern innerhalb der EU verlässlich zu gewährleisten. Das Paket besteht aus einem Verordnungsvorschlag und einer gemeinsamen Mitteilung. Die Vorschläge der Kommission sollen die Verteidigungsfähigkeit Europas stärken, indem Hindernisse für die militärische Mobilität in allen Bereichen, Regulierung, Infrastruktur und Fähigkeiten beseitigt werden, die derzeit den grenzüberschreitenden Militärtransport verlangsamen können.

https://transport.ec.europa.eu/transport-themes/military-mobility_en?prefLang=de

Kommission; Friedensplan Ukraine, europäische Grundsätze

Nach einer Sondersitzung der EU-Staats- und Regierungschefs der EU zur Ukraine am 24.11.2025 bekräftigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die zentralen europäischen Grundsätze für die Zukunft der Ukraine. Das Territorium und die Souveränität der Ukraine müsse geachtet werden. Nur die Ukraine als souveränes Land könne Entscheidungen über ihre Streitkräfte treffen und über das Schicksal der Ukraine entscheiden. Von der Leyen hob weiterhin die zentrale Rolle der EU bei der Sicherung des Friedens für die Ukraine und der Zukunft des Landes hervor. Von großer Bedeutung nannte von der Leyen auch die Planung eines Gipfels der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/statement_25_2798

Europäischer Ausschuss der Regionen

AdR; COTER-Fachkommissionssitzung

Am 01.12.2025 fand eine Sitzung der AdR-Fachkommission COTER für Kohäsionsfonds und Haushalt statt. Dabei wurde über folgende Stellungnahmeentwürfe abgestimmt: „Sondierung der Rolle des Privatsektors bei der Stärkung der Kohäsionspolitik nach 2027“ sowie „Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) nach 2027 einschließlich Eigenmittelpaket“. Außerdem wurden Meinungsaustausche über die Arbeitsdokumente „Verordnung über den Fonds für nationale und regionale Partnerschaftspläne (NRPP-Fonds)“, „Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (einschließlich Interreg) und Kohäsionsfonds“ sowie „Fazilität Connecting Europe 2028-2034“ geführt.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=226077&meetingSessionId=2283526>

169. Plenarsitzung des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR)

Am 10./11.12.2025 fand in Brüssel die 169. AdR-Plenarsitzung statt. Frau Staatssekretärin Karin Müller nahm an der Sitzung teil. Es wurden über folgende Stellungnahmen und Entschließungen abgestimmt: „Die Verankerung der Global-Gateway-Strategie der EU vor Ort“, „Anpassung an den Klimawandel in Städten und Regionen: der Europäische Plan zur Anpassung an den Klimawandel“, „Strategie der Union zur Krisenvorsorge“, „Lokale und regionale Perspektiven bei der Umsetzung der Europäischen Strategie für die innere Sicherheit ProtectEU“, „Aktionsplan für erschwingliche Energie – erschwingliche, zuverlässige und saubere Energie für alle Städte und Regionen der EU“, „Aktionsplan für Stahl und Metalle“, „Der Beitrag der Städte und Regionen zur Vereinfachungsagenda Rechtsakt zu kritischen Arzneimitteln“, „Strategie für ein ausgewogenes und adaptives

Management für einen nachhaltigen und resilienten Tourismus in der Europäischen Union“, „EU-Weltraum-Rechtsakt“ sowie „Bekämpfung der Mobilitätsarmut zur Stärkung des Zusammenhalts und der Wettbewerbsfähigkeit Europas“.

<https://memportal.cor.europa.eu/Public/Documents/MeetingDocuments?meetingId=217663&meetingSessionId=2273095>

Wirtschaft

Kommission; EU-Bioökonomie-Strategie

Am 27.11.2025 hat die Kommission ihre überarbeitete Bioökonomie-Strategie beschlossen. Ziel ist die gezielte Nutzung von biologischen Rohstoffen für die Produktion von Lebensmitteln, Materialien und Energie im Rahmen einer kreislauforientierten und effizienten Wirtschaft. Die Strategie steht im Kontext der Erreichung der Klimaziele bis 2030 und 2050, die vor allem durch die Bekämpfung von Umweltverschmutzung und Biodiversitätsverlust und gleichzeitiger Sicherung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit erreicht werden sollen. Die Strategie fördert Innovation und unterstützt Unternehmen, speziell KMU und Startups, beim Übergang zu grünen, biobasierten Geschäftsmodellen und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Im Fokus stehen die ressourceneffiziente Nutzung der Biomasse, die verlässliche und nachhaltige Versorgung mit Rohstoffen sowie die Förderung von Industriemodellen, denen eine biobasierte Wertschöpfungskette vorsteht. Unternehmen im Agrar-, Chemie-, Textil-, Energie- und Umweltsektor könnten somit verstärkt von Förderungen und Investitionen profitieren, etwa für Forschungszwecke und für nachhaltigere Produktionsprozesse; dadurch entstehen höhere Produktstandards für Verbraucher.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2819

Kommission; gemeinsame Mitteilung zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit Europas

Die Kommission hat am 03.12.2025 eine Mitteilung zur Stärkung der wirtschaftlichen Sicherheit Europas veröffentlicht. Die EU sieht sich laut der Mitteilung weltweit zunehmenden geopolitischen Spannungen und einer verstärkten Nutzung wirtschaftlicher Abhängigkeiten als politisches Druckmittel ausgesetzt. Dazu gehören Handelsbeschränkungen, Exportkontrollen, staatlich finanzierte Überkapazitäten oder gezielte Eingriffe in Lieferketten. Um dem wirkungsvoll begegnen zu können, will die Kommission eine Vielzahl bestehender Instrumente künftig systematischer und geopolitisch bewusster einsetzen. Dazu zählen Anti-Subventions- und Anti-Dumping-Instrumente, Exportkontrollen, Sanktionsmechanismen, Cybersicherheitsregeln, Krisenvorsorge und gezielte Förderprogramme wie Horizon Europe, Global Gateway oder verteidigungsindustrielle Initiativen. Parallel soll die Zusammenarbeit mit Partnerstaaten, insbesondere G7 und gleichgesinnten Demokratien, vertieft werden, um Lieferketten zu diversifizieren und gemeinsame Standards zu setzen. Zur Umsetzung plant die Kommission u. a. ein Informations- und Analysezentrum, eine engere Einbindung von Industrie und Mitgliedstaaten, stärkere Nutzung von Fördermitteln zur Verringerung strategischer Abhängigkeiten, sowie neue Maßnahmen wie Start-up-Monitoring, europäische Präferenzkriterien im öffentlichen Beschaffungswesen, strengere Regeln für Hochrisikoanbieter und mögliche neue Schutzinstrumente gegen Marktdominanz und unfaire Handelspraktiken.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2889

Verkehr

Rat; Rat legt Standpunkt zu aktualisierten EU-Vorschriften über die Überprüfung von Fahrzeugen und ihre Zulassung fest

Am 04.12.2025 haben sich die Verkehrsministerinnen und -minister auf den Standpunkt des Rates über das Paket zur Verkehrs- und Betriebssicherheit geeinigt, mit dem die EU-Vorschriften über die regelmäßige Überwachung und Unterwegskontrollen von Fahrzeugen sowie die Registrierung von Fahrzeugdaten überarbeitet werden. Das Paket besteht aus zwei Vorschlägen zur Aktualisierung von drei Richtlinien: der Richtlinie über die regelmäßige technische Überwachung von Kraftfahrzeugen, der Richtlinie über die Unterwegskontrolle von Nutzfahrzeugen der Richtlinie über Zulassungsdokumente für Fahrzeuge. Nach der erfolgten Billigung des Standpunkts des Rates kann der Rat Verhandlungen mit dem Parlament aufnehmen, um eine endgültige Einigung zu erzielen, sobald dieses seinen eigenen endgültigen Standpunkt festgelegt hat.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/12/04/council-sets-position-on-updated-eu-rules-on-inspections-of-vehicles-and-their-registration/>

Rat; Höchstzulässige Abmessungen und Gewichte von Straßenfahrzeugen: Rat legt Standpunkt fest

Am 04.12.2025 haben die Ministerinnen und Minister den Standpunkt des Rates zur Änderung der Richtlinie angenommen, in der die höchstzulässigen Abmessungen und Gewichte für bestimmte Straßenfahrzeuge festgelegt sind. Ziel ist es, den freien und effizienten Warenverkehr und einen fairen Wettbewerb in der gesamten EU zu gewährleisten, ausreichende Anreize für Investitionen in emissionsfreie Technologien zu schaffen und die Durchsetzung sowohl neuer als auch bestehender Vorschriften zu verbessern, um mehr Kohärenz und Effizienz zu schaffen. Die vorgeschlagene Änderung enthält Anreize für den Straßenverkehrssektor, in emissionsfreie Technologien zu investieren, indem insbesondere ein Ausgleich für das zusätzliche Gewicht ermöglicht wird, das durch diese Technologien entsteht. Außerdem soll sie die Nutzung Europäischer Modularer Systeme (EMS) zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten ermöglichen, in denen die Nutzung solcher Systeme zugelassen ist. Nach der erfolgten Billigung durch den Rat kann der Vorsitz Verhandlungen mit dem Parlament aufnehmen, um zu einer endgültigen Einigung zu gelangen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/12/04/council-sets-position-on-maximum-weights-and-dimensions-for-road-vehicles/>

Energie

Rat, Parlament; Rat und Parlament erzielen Einigung über Vorschriften zur Einstellung der russischen Gaseinfuhren für ein sicheres und unabhängiges Europa

Am 03.12.2025 haben der Rat und das Parlament eine vorläufige Einigung über die Verordnung zur Einstellung der Einfuhren von russischem Erdgas erzielt. Die Verordnung ist ein zentrales Element des REPowerEU-Fahrplans der EU zur Beendigung der Abhängigkeit von russischer Energie infolge der Instrumentalisierung von Energie als Waffe seitens Russlands mit erheblichen Auswirkungen auf den europäischen Energiemarkt. Mit der Verordnung soll ein rechtsverbindliches, schrittweises Verbot der Einfuhren sowohl von Flüssigerdgas (LNG) als auch von Pipeline-Gas aus Russland eingeführt werden, wobei ab Ende 2026 beziehungsweise Herbst 2027 ein vollständiges Verbot gelten soll. Ziel der Verordnung ist es zur

Schaffung eines widerstandsfähigen und unabhängigen EU-Energiemarkts beizutragen und zugleich die Versorgungssicherheit der EU zu wahren. Die vorläufige Einigung muss nun vom Rat und vom Parlament gebilligt werden, bevor sie förmlich angenommen wird.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/12/03/council-and-parliament-strike-a-deal-on-rules-to-phase-out-russian-gas-imports-for-an-energy-secure-and-independent-europe/>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20251201IPR31698/phasing-out-imports-of-russian-gas-in-the-eu-deal-with-council>

Kommission; Energienetzpaket

Am 10.12.2025 beschloss die Kommission ein umfangreiches Paket von Maßnahmen zur Verbesserung und Beschleunigung des Netzausbau in der EU. Es wurden Maßnahmen zur Planungsbeschleunigung und -vereinfachung beschlossen, aber auch neue Instrumente zur Verbesserung der Interkonnektivität. Außerdem wurde die Erhöhung der Sicherheit der Netze durch Verbesserung der Sicherungsmaßnahmen gegen den Eingriff von Dritten im Paket mit adressiert. Die Umsetzung des Pakets erhöht die Stabilität des europäischen Netzes und schließt insbesondere bestehende Lücken. Insgesamt sollen die Maßnahmen auch zu Kostenerleichterungen für die Nutzerinnen und Nutzer führen. Für die Umsetzung der Maßnahmen schlägt die Kommission auch neue Finanzierungswege vor.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2945

Digital

Tagung des Rates der Europäischen Union für Verkehr, Telekommunikation und Energie (TTE)

Am 05.12.2025 nahm der Telekom-Rat Ratsschlussfolgerungen zur Stärkung der Europäischen Wettbewerbsfähigkeit in der Digitalen Dekade an. Sie beinhalten unter anderem die Forderung, den digitalen Rechtsrahmen weiter zu vereinfachen und diesen besser aufeinander abzustimmen, Digitalisierung, Daten und KI als Hauptmotor zu betrachten, Innovationen zu fördern und die Digitale Souveränität zu stärken, ohne Europa abzuschotten. Außerdem fand eine Aussprache zum Digitalen Omnibus statt. Grundsätzlich begrüßten die Mitgliedstaaten den Vorschlag, forderten aber weitere spürbare Nachbesserungen am Digitalen Acquis vorzunehmen, um die Anwendung u.a. von KI zu fördern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/tte/2025/12/05/>

Finanzdienstleistungen

Kommission; mehr Macht für die EU-Börsenaufsicht

Am 04.12.2025 hat die Kommission ein großes Gesetzespaket vorgestellt, mit dem sie mit Dutzenden von Einzelvorschlägen für die Infrastruktur des Kapitalmarkts versucht, die Fragmentierung der europäischen Kapitalmärkte zu reduzieren. Die Meinungen über den Vorschlag reichen bisher von der Einschätzung als großer Wurf bis hin als bloße nächste Zentralisierung weit auseinander. Die Kommission will die komplizierten Regeln für die europäischen Kapitalmärkte entschlacken und harmonisieren. Damit soll die EU einen Schritt auf dem Weg Richtung Kapitalmarktunion vorankommen. Europa habe zu lange ein Maß an Fragmentierung toleriert, das unsere Wirtschaft

hemmt, kommentierte Finanzkommissarin Maria Luís Albuquerque bei der Vorstellung des unter ihrer Verantwortung erarbeiteten „Marktinfrastrukturpakets“. Die Kommission habe die Forderungen der Mitgliedstaaten (MS) nach einer Vertiefung der Kapitalmärkte zügig aufgegriffen und im vergangenen Jahr mehrere Vorschläge dazu vorgelegt, hieß es in der Behörde. Es sei jetzt an den MS und dem EP, die Vorschläge zügig zu beraten und damit zu zeigen, dass die Forderungen nach einer Kapitalmarktunion keine Lippenbekenntnisse seien. Zuletzt hatten vor allem DEU und FRA auf Fortschritte in der Kapitalmarktunion gedrungen. Hessen hat mit dem Finanzplatz Frankfurt am Main dabei natürlich eine besondere Sicht auf die Dinge.

<https://www.deutschlandfunk.de/eu-kommission-treibt-kapitalmarktunion-voran-100.html>

Finanzen

KOM: Fortschrittsbericht zu EPSAS und der Geeignetheit von IPSAS

Am 05.12.2025 hat die Kommission den avisierten Fortschrittsbericht zu EPSAS und der Geeignetheit von IPSAS gemeinsam mit einem detaillierteren Arbeitsdokument veröffentlicht. Mit dem Bericht über den Sachstand des öffentlichen Rechnungswesens des Staatssektors in der Union kommt die Kommission ihrer Verpflichtung nach, gemäß Artikel 16 Absatz 1 Buchstabe a der Richtlinie 2011/85/EU des Rates (Richtlinie über die haushaltspolitischen Rahmen) in der durch die Richtlinie (EU) 2024/1265 des Rates geänderten Fassung bis zum 31.12.2025 und danach alle fünf Jahre über den Sachstand des öffentlichen Rechnungswesens des Staatssektors in der Union zu berichten, wobei sie die Fortschritte berücksichtigt, die seit ihrer im Jahr 2013 vorgenommenen Bewertung der Frage erzielt wurden, ob die internationalen Rechnungsführungsgrundsätze für den öffentlichen Sektor (International Public Sector Accounting Standards, im Folgenden „IPSAS“) für die Mitgliedstaaten (MS) geeignet sind. Die EU-MS sind weiterhin uneinig über eine verbindliche, harmonisierte periodengerechte öffentliche Rechnungslegung. Zwar haben sich Bedenken (insbesondere zu Kosten und Komplexität) verringert, doch die Umsetzung bleibt freiwillig. Die EPSAS-Initiative unterstützt die Länder bei Modernisierungsvorhaben – etwa durch technische Hilfe, Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen. Reformen werden bis 2027 gefördert; der nächste EU-Bericht folgt 2029–2030. Für Hessen ist positiv hervorzuheben, dass das Land (mit Hamburg) zu den Vorreitern bei der periodengerechten Rechnungsführung zählt.

[https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM\(2025\)746&lang=en](https://ec.europa.eu/transparency/documents-register/detail?ref=COM(2025)746&lang=en)

Rat/EP: EU-Haushalt 2026

Am 24.11.2025 billigte der Rat und am 26.11.2025 das EP den EU-Jahreshaushaltsplan 2026. Der Haushalt umfasst 192,8 Mrd. EUR für Verpflichtungen und 190,1 Mrd. EUR für Zahlungen. Besonders gestärkt werden die Bereiche Verteidigung und Grenzsicherheit. Der Haushalt wurde im Vermittlungsausschuss am 15.11.2025 vereinbart und bleibt innerhalb der Ausgabenobergrenze des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021 bis 2027. Es verbleiben 715,7 Mio. EUR als Reserve für unvorhergesehene Bedarfe. Das EP bestätigte den Haushalt mit 419 Ja-Stimmen (185 Nein, 53 Enthaltungen). Mit der Unterschrift von EP-Präsidentin Roberta Metsola am 26.11.2025 trat der Haushalt offiziell in Kraft.

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20251120IPR31500/eu-haushalt-2026-fokus-auf-wettbewerb-forschung-und-sicherheit>

Kommission; Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze der Kommission

Die Kommission hat am 04.12.2025 den Fahrplan für hochwertige Arbeitsplätze vorgelegt, mit dem sie die Verbesserung der Arbeitsplatzqualität und die Schaffung hochwertiger sowie zukunftssicherer Arbeitsplätze in Europa vorantreibt. Gleichzeitig startete die Kommission die erste Phase der Konsultation zum anstehenden Rechtsakt über hochwertige Arbeitsplätze, der Arbeitnehmerrechte stärken und an technologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen anpassen soll. Der Fahrplan setzt Schwerpunkte bei der Schaffung und Erhaltung hochwertiger Arbeitsplätze, der Modernisierung und Fairness der Arbeitswelt, der Unterstützung beim ökologischen, digitalen und demografischen Wandel, die Stärkung des sozialen Dialogs sowie den Zugang zu Rechten, Dienstleistungen und Investitionen. Grundlage der Ausarbeitung waren umfassende Konsultationen mit europäischen und nationalen Sozialpartnern. Die erste Konsultationsphase dient der Einholung der Standpunkte der Sozialpartner zu möglichen Regelungsbereichen, darunter algorithmisches Management und KI, Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz, Unterauftragsvergabe, gerechter Übergang sowie Durchsetzung und Rolle der Sozialpartner. Die Konsultation ergänzt das im Oktober 2025 abgeschlossene Verfahren zu Nacherreichbarkeit und Telearbeit und läuft bis zum 29.01.2026. Der Fahrplan baut auf Initiativen wie dem Kompass für Wettbewerbsfähigkeit, der Union der Kompetenzen und dem Deal für eine saubere Industrie auf und spiegelt sich im vorgeschlagenen mehrjährigen Finanzrahmen wider, der mindestens 14% der nationalen und regionalen Partnerschaftsmittel sozialen Zielen zuweist.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2917

Kommission; Kompetenzgarantie der Kommission

Die Kommission hat am 27.11.2025 die Kompetenzgarantie als neue Initiative zur Unterstützung von Arbeitskräften und Unternehmen sowie zur Bekämpfung des Arbeitskräftemangels in strategischen und wachsenden Sektoren vorgestellt. Als Leitinitiative der Union der Kompetenzen soll sie strategische Sektoren im Einklang mit dem künftigen Europäischen Fonds für Wettbewerbsfähigkeit stärken und Arbeitskräften den Übergang in strategische Wirtschaftszweige, den Zugang zu neuen Arbeitsplätzen sowie den Erwerb zusätzlicher Kompetenzen ermöglichen. Mit einem Pilotprojekt im Umfang von 14,5 Mio. EUR wird zunächst der Übergang von Arbeitskräften aus der Automobilindustrie und deren Zulieferern erprobt, die von Arbeitslosigkeit bedroht sind. Durch gezielte Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme werden Arbeitsplatzwechsel beschleunigt und neue Kompetenzanforderungen adressiert, während Unternehmen mit steigendem Personalbedarf schneller qualifizierte Talente rekrutieren können. Eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wurde veröffentlicht, um verschiedene Konzepte zum Arbeitsplatzwechsel zu testen. Die Projektlaufzeit beträgt bis zu 24 Monate bis Sommer 2028, und die Ergebnisse fließen in die Ausgestaltung des künftigen Kompetenzgarantiesystems im nächsten langfristigen EU-Haushalt ein. Die Mitgliedstaaten werden aufgefordert, die Nutzung der Kompetenzgarantie zeitnah auszuweiten, auch mit Mitteln aus dem aktuellen Finanzrahmen 2021-2027. Das Pilotprojekt wird gemeinsam mit dem Europäischen Kompetenzzentrum für soziale Innovation umgesetzt und durch den Europäischen Sozialfonds Plus finanziert, wobei Unternehmen, öffentliche Arbeitsverwaltungen, Sozialpartner sowie Bildungsanbieter aus mindestens zwei Mitgliedstaaten zusammenarbeiten können.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2828

EP; Annahme des Initiativberichts zur EU-Biotech-Verordnung

Am 02.12.2025 hat der SANT-Ausschuss den Initiativbericht von MdEP Margarita de la Pisa Carrión (PfE/ESP) zur künftigen EU-Biotech-Verordnung angenommen (25:8:3). Der Bericht enthält Forderungen zur Ausschöpfung des Potenzials der Biotechnologie und der Lebenswissenschaften im Gesundheitswesen sowie zur Förderung von Innovationen bei gleichbleibend hohen Sicherheits-, Qualitäts-, Wirksamkeit- und Ethikstandards. Zudem werden Kommission und Mitgliedstaaten aufgerufen, den Aufbau von Biotech-Innovationszentren zu unterstützen, öffentliche und private Investitionen in die Biotechnologie zu erhöhen, die Einrichtung eines EU-Fonds für Biotechnologie-Innovationen zu prüfen und die Vorteile von KI für Forschung und biotechnologische Verfahren besser zu nutzen. Die Veröffentlichung der Verordnung durch die Kommission ist für den 16.12.2025 geplant.

<https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20251127IPR31631/biotechnology-boosting-innovation-to-improve-public-health>

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/SANT-PR-773198_EN.pdf

EP; Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zu seltenen Krankheiten und Behinderungen vorgestellt

Seltene Erkrankungen bleiben in Europa schwer zu diagnostizieren und regionale Unterschiede erschweren den Zugang zu Screening, Diagnose, Versorgung und grenzüberschreitender Behandlung. Fehlende oder schwer zugängliche Therapien stellen zentrale Hürden dar, weshalb harmonisierte Gesetzgebung, schnellere EU-weite Zulassungen und stärkere Anreize für die Entwicklung neuer Behandlungen gefordert werden. Zudem mangelt es an Forschung, Finanzierung und Kooperation, weshalb die EU eine stärkere koordinierende und fördernde Rolle einnehmen solle. Europäische Referenznetzwerke müssen ausgebaut und besser ausgestattet werden und Zusammenarbeit zwischen Fachbereichen, Ländern und Sektoren – unter aktiver Einbindung der Patientinnen und Patienten – solle intensiviert werden. Von mehr als 6.500 klinisch identifizierten seltenen Erkrankungen, sind insgesamt schätzungsweise 6-8 Prozent der EU-Bevölkerung betroffen. Die Ergebnisse sollen in den EU-Aktionsplan für seltene Krankheiten einfließen.

Im März 2025 hatte der SANT-Ausschuss eine öffentliche Konsultation durchgeführt, an der sich über 4.000 Personen aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten und einigen Drittstaaten beteiligten.

https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/300697/Rare%20diseases%20study_EN.pdf

Kommission; Hessisches Unternehmen gewinnt EU-Preis für Produktsicherheit

Die Kommission hat am 10.12.2025 die Gewinner des EU-Preises für Produktsicherheit 2025 bekannt gegeben. Mit dem Preis werden alle zwei Jahre innovative Unternehmensinitiativen gekürt, die auf die Sicherheit der Verbraucherinnen und Verbraucher fokussiert sind und dabei über die gesetzlichen Anforderungen hinaus gehen. Ziel ist es u.a., bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern Sensibilität für ihr Recht auf sichere Produkte zu erwecken und auch andere Unternehmen anzuregen, den Verbraucherschutz zu verbessern. Der Product Safety Award 2025 für große Unternehmen ging in diesem Jahr an die allnex Germany GmbH (Wiesbaden) – ein globaler Anbieter von Beschichtungsadditiven und Harzen, die PFAS aus ihren Additiven eliminieren.

<https://ec.europa.eu/safety-gate/#/screen/pages/safetyAward>

Landwirtschaft und Umwelt

Kommission; Umwelt-Omnibus angenommen

Die Kommission hat am 10.12.2025 den Umwelt-Omnibus angenommen. Dabei handelt es sich um ein Maßnahmenpaket zur Vereinfachung der Umweltvorschriften in den Bereichen Industrieemissionen, Kreislaufwirtschaft, Umweltprüfungen und Geodaten. Mit den vorgeschlagenen Maßnahmen soll die Bürokratielast für Unternehmen durch die europäische Umweltgesetzgebung verringert werden, ohne dabei die EU-Ziele zum Schutz der Umwelt und der Gesundheit zu unterminieren. Dadurch sollen die Unternehmen jährlich bis zu 1 Mrd. EUR einsparen können, so die Kommission. Das Gesamtpaket besteht aus sechs Legislativvorschriften, die im Wesentlichen folgende Ziele verfolgen: Optimierte Umweltprüfungen für die Erteilung von Genehmigungen, vereinfachte Industrieemissionsnormen für Industrie und Landwirte, effektivere digitale Lösungen für Gefahrstoffe in Produkten, vereinfachte erweiterte Herstellerverantwortung (EPR) und ein erleichterter Zugang zu Geodaten. Der Legislativvorschlag wird nun dem EP und dem Rat zur Annahme vorgelegt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_25_2997

Rat; EP; rechtsverbindliches Klimaziel beschlossen

Rat und EP haben am 10.12.2025 eine vorläufige politische Einigung über das rechtsverbindliche Klimaziel erreicht, die Netto-Treibhausgasemissionen bis 2040 um 90% zu senken. Das Klimaziel soll einen klaren und stetigen Weg hin zu einer dekarbonisierten europäischen Wirtschaft bis 2050 ebnen und Investoren und Unternehmen Gewissheit darüber verschaffen, dass der Übergang zu einer sauberen Wirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie, die Energieversorgungssicherheit und die Unabhängigkeit der EU vorangetrieben werden. Die Einigung sieht die Möglichkeit vor, ab 2036 hochwertige internationale Gutschriften zu verwenden, um einen „angemessenen Beitrag“ zum Ziel für 2040 zu leisten. Diese Menge kann bis zu 5% der Netto-Treibhausgasemissionen der EU von 1990 betragen, was einer Verringerung der Netto-Treibhausgasemissionen im Inland um 85% gegenüber dem Stand von 1990 bis 2040 entspricht. Die beiden gesetzgebenden Organe haben u.a. eine zweijährliche Bewertung der Umsetzung der Zwischenziele eingeführt, um den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, technologischen Entwicklungen und der globalen Wettbewerbsfähigkeit Rechnung zu tragen. Nach der vorläufigen Einigung müssen EP und Rat den Text förmlich annehmen, bevor die Änderung des Europäischen Klimagesetzes im Amtsblatt der EU veröffentlicht wird und in Kraft tritt.

https://climate.ec.europa.eu/document/download/e1b5a957-c6b9-4cb2-a247-bd28bf675db6_en

Justiz

Rat/EP/Kommission; Trilog-Einigung zu Nachhaltigkeitsberichterstattung und Lieferkettengesetz

In der Nacht zum 09.12.2025 erzielten Kommission, Rat und EP im Trilog eine informelle Einigung zur Aktualisierung von EU-Gesetzen des Omnibus-I-Pakets. U.a. soll die Nachhaltigkeitsberichterstattung vereinfacht werden und nur noch für Unternehmen mit durchschnittlich über 1.000 Beschäftigten und einem jährlichen Nettoumsatz von über 450 Mio. Euro verpflichtend sein. Auch die Sorgfaltspflichten in der Lieferkette sollen nur noch für Großunternehmen mit mehr als 5.000 Beschäftigten und einem jährlichen Nettoumsatz von über 1,5 Mrd. Euro gelten. Zudem sollen Unternehmen in ihrer Wertschöpfungskette einen risikobasierten Ansatz verfolgen und

von Unternehmen, die nicht unter die Regelung fallen, keine unnötigen Informationen anfordern. Sie haften weiterhin nur auf nationaler Ebene und nicht auf EU-Ebene für die Nichteinhaltung. Rat und EP müssen der Einigung noch formell zustimmen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2025/12/09/council-and-parliament-strike-a-deal-to-simplify-sustainability-reporting-and-due-diligence-requirements-and-boost-eu-competitiveness/>

<https://www.europarl.europa.eu/news/de/press-room/20251208IPR32080/deal-on-updated-sustainability-reporting-and-due-diligence-rules>

Rat; Tagung der Ratsformation Justiz und Inneres – Teil Justiz

Der Justiz-Rat kam am 09.12.2025 in Brüssel zusammen. Diskutiert wurde u.a. über die Vereinfachung der Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO). Dabei ging es um den Ausgleich zwischen Wettbewerbsfähigkeit und dem Recht auf Schutz personenbezogener Daten sowie darum, den Verwaltungsaufwand im Zusammenhang mit der DSGVO zu verringern, ohne das hohe Datenschutzniveau zu beeinträchtigen. Weiteres Thema war die Bekämpfung der Straflosigkeit von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Hier ging es vor allem um die Zusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten mit dem geplanten Sondertribunal. Thema war auch die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH). Überdies hat der Rat Schlussfolgerungen zu Musterbestimmungen für das EU-Strafrecht angenommen, die als Instrumentarium für künftige Verhandlungen über EU-Strafrechtsinstrumente dienen sollen, um Einheitlichkeit, Kohärenz und Effizienz der strafrechtlichen Rechtsakte zu fördern. Schließlich erörterten die Justizminister die justizielle Zusammenarbeit mit Drittstaaten beim Kampf gegen die organisierte Kriminalität, insbesondere im Bereich der Auslieferung. Die Kommission stellte die neue EU-Drogenstrategie und den EU-Aktionsplan gegen den Drogenhandel sowie die neuen Strategien für digitale Justiz und zur Ausbildung von Richtern.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2025/12/09/>

Innenres

Rat; Tagung der Ratsformation Justiz und Inneres – Teil Inneres, Schwerpunkt Asyl und Migration: Festlegung von Standpunkten des Rates

Schwerpunktthemen des Innen-Rates am 08.12.2025 in Brüssel waren Asyl und Migration. Der Rat beschloss seine Standpunkte zu drei EU-Verordnungen. Diese regeln die Rückführung von sich illegal in der EU aufhaltenden Drittstaatsangehörigen, die Erstellung einer Liste sicherer Herkunftsländer durch die EU und die Anwendung des Konzepts der sicheren Drittstaaten. Außerdem erzielte der Rat eine politische Einigung über die Einrichtung eines jährlichen Solidaritätsfonds ab 2026, der ein zentrales Element des EU-Pakts zu Migration und Asyl darstellt. Weitere Themen waren u.a. die Stärkung der Außengrenzen des Schengen-Raums, die aktuelle EU-Drogenpolitik und die Auswirkungen des aktuellen geopolitischen Umfelds auf die Sicherheit der EU. Erörtert wurden hier Maßnahmen zur Abwehr von Drohnen. Endgültig beschlossen wurde die Verordnung zur Verstärkung der polizeilichen Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität und des Menschenhandels.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/jha/2025/12/08/>

Kommission; EU-Drogenstrategie und Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels

Am 04.12.2025 legte die Kommission die neue Strategie und den Aktionsplan zur Bekämpfung des Drogenhandels vor. Die EU-Drogenstrategie konzentriert sich auf fünf Bereiche: Verbesserung der Vorsorge und Reaktion auf drogenbedingte Bedrohungen, Schutz der öffentlichen Gesundheit und Stärkung der Präventions-, Behandlungs- und Wiedereingliederungsmaßnahmen, Stärkung der Sicherheit durch strengere Vorschriften zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität, Maßnahmen zur Verhütung drogenbedingter Schäden, vor allem bei Minderjährigen, und Stärkung der Partnerschaften mit Drittstaaten. Der Aktionsplan ergänzt die Strategie mit operativen Maßnahmen.

https://home-affairs.ec.europa.eu/news/commission-presents-new-eu-drugs-strategy-and-action-plan-against-drug-trafficking-2025-12-04_en

Bildung und Kultur

Rat; Kultur; Rolle der Kultur für demokratische Resilienz und Demokratie

Am 28.11.2025 hat der Rat in der Formation Kultur und Sport Schlussfolgerungen zur strategischen Rolle der Kultur und des Kulturerbes für die Wahrung der europäischen Werte und der demokratischen Resilienz verabschiedet. In den Schlussfolgerungen wird die besondere Rolle der Kultur und der kulturellen Vielfalt bei der Förderung von Zusammenhalt, Identität und demokratischer Resilienz in den europäischen Gesellschaften hervorgehoben. Die meisten Ministerinnen und Minister unterstützten im Anschluss an die Tagung eine formelle gemeinsame Erklärung, die unter dänischem Ratsvorsitz mit CHE, VKR und der Ukraine erarbeitet wurde. Darin heißt es: „Wir glauben, dass Kultur, kulturelles Erbe und freie, pluralistische und unabhängige Medien eine wichtige Rolle für den Schutz und die Förderung europäischer Werte und der demokratischen Widerstandsfähigkeit spielen. Um unsere demokratische Widerstandsfähigkeit zu stärken, greifen wir auf unsere gemeinsame europäische Geschichte, Werte und Identität zurück“. Die Erklärung erhält auch ein Bekenntnis zu freiem und unabhängigem kulturellem Leben in der EU. Auch das Prinzip der Medienfreiheit wird bekräftigt. Ungarn stimmte der Erklärung nicht zu.

<https://www.consilium.europa.eu/de/meetings/eycs/2025/11/28/>

Kommission; Wettbewerbsrecht; Verfahren gegen Google; Künstliche Intelligenz (KI)

Die Kommission hat am 09.12.2025 eine förmliche kartellrechtliche Untersuchung eingeleitet, um zu prüfen, ob Google gegen die EU-Wettbewerbsvorschriften verstößen hat. Die Annahme lautet, dass Google die Inhalte von Webverlagen sowie die auf der Online-Videoplattform YouTube hochgeladenen Inhalte für Zwecke und Verwendungen der KI genutzt hat. Im Rahmen dieser Untersuchung möchte die Kommission vor allem prüfen, ob Google dadurch den Wettbewerb verzerrt, dass das Unternehmen den Verlegern und den Urhebern von Inhalten unfaire Bedingungen auferlegt oder sich selbst einen privilegierten Zugang zu solchen Inhalten gewährt – und dadurch die Entwickler konkurrierender KI-Modelle benachteiligt. Die Kommission hat Bedenken, dass Google womöglich Inhalte von Web-Publishern nutzt, um generative KI-gestützte Dienste („AI Overviews“ und „AI Mode“) auf den Suchergebnisseiten anzubieten, ohne den Verlegern eine angemessene Entschädigung zu zahlen – und ohne den Verlegern zu ermöglichen, eine solche Nutzung ihrer Inhalte abzulehnen. AI Overviews zeigt KI-generierte

Zusammenfassungen an, während AI Mode eine Suchregisterkarte ist, die einem Chatbot ähnelt, der die Fragen der Nutzer in einer Art Konversation beantwortet.
https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_25_2964

Veranstaltungen

17. Hessisches Weinfest in Brüssel

Der Hessische Europaminister Manfred Pentz hat am 02.12.2025 das 17. Hessische Weinfest in der Vertretung des Landes Hessen bei der EU eröffnet. Der Minister betonte in seiner Begrüßungsrede, die Präsenz der Länder in Brüssel sei von besonderer Bedeutung. Das Weinfest sei einerseits Ausdruck des hessischen Regionalbewusstseins, andererseits aber auch des Selbstbewusstseins, mit dem hessische Interessen in Brüssel vertreten werden. Das Weinfest sei daher weit mehr als eine Präsentation hessischer Spitzenweine und Spezialitäten. Es sei eine starke Bühne für Hessen in Brüssel, so Pentz. Im Mittelpunkt des Weinfests standen die 13 Winzerbetriebe, die ihre exzellenten Weine aus den hessischen Anbaugebieten Rheingau und Hessische Bergstraße präsentieren. Der Minister verwies dabei auch auf die herausfordernde Lage vieler Winzer, die mit Klimawandel, extremen Wetterlagen und wirtschaftlichem Druck zu kämpfen haben. Für das leibliche Wohl sorgte die Marketinggesellschaft Gutes aus Hessen GmbH mit Spezialitäten wie Ahle Wurscht, Hessischem Handkäse und Frankfurter Grüner Soße. Die Apfelweinkelterei Heil schenkte den hessischen Ebbelwoi aus; hessisches Bier kam von der Pfungstädter Brauerei. Das Weinfest stand in diesem Jahr unter dem Motto „250 Jahre Spätlese“. Die Entdeckung der Spätlese geht auf das Jahr 1775 zurück, als es im Kloster Johannisberg zu einer verspäteten Weinlese und zur Entwicklung einer neuen Weinqualität kam, die später zu einem Markenzeichen hessischer Winzerkunst wurde.

Veranstaltung in der Reihe Sounding Board konkret zum Thema: „Smart Regulation – Bürokratiekosten praktisch steuern“

Der Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, Manfred Pentz, hat am 03.12.2025 gemeinsam mit dem Europa Institut der EBS Universität für Wirtschaft und Recht in Oestrich-Winkel zu einer weiteren Veranstaltung in der Reihe „Sounding Board konkret“ zum Thema „Smart Regulation – Bürokratiekosten praktisch steuern“ eingeladen. Karin Müller, Staatssekretärin für Europaangelegenheiten, Internationales und Entbürokratisierung, eröffnete die Veranstaltung und plädierte dafür, weniger Bürokratie, schnellere Prozesse und einen besseren Service auf allen Ebenen umzusetzen. Da 80% der regulatorischen Vorgaben ihren Ursprung in Brüssel haben, müsse man hier frühzeitig auf das Gesetzgebungsverfahren einwirken, aber auch in DEU ein „Goldplating“ in der späteren Umsetzung vermeiden. Staatssekretärin Müller betonte, wie entscheidend ein Bürokratieabbau für die Stärkung der europäischen Demokratie sei und dies daher keinen Aufschub mehr dulde. Günther Oettinger, Präsident der EBS, stellte in seiner Keynote heraus, dass der aktuelle Stand an Paragraphen und Bürokratie die Bürgerinnen und Bürger sowie die Industrie überfordere. Die Deutschen wollten zu viel, zu früh und zu komplex regulieren. Eine selbstbewusste Demut müsse das Maß der Dinge sein. Prof. Dr. Diane Robers, Europa Institut der EBS, die die Veranstaltung moderierte, stellte zunächst die Mitglieder der Plattform Expert Advocacy Plattform vor. Die hochkarätigen Vertreter dieser Plattform präsentierten gemeinsam ein 10-Thesen-Papier, das sich mit der Fragestellung befasse, wie und wo man die vorhandenen Herausforderungen aufdecke und aus unternehmerischer Sichtweise lösen könne. Das Leitbild sei das juristische Vorbild eines ehrbaren Kaufmanns. Die

Herausforderungen seien beispielsweise eine 61 Mrd. schwere Belastung des Deutschen Mittelstandes. Andreas Kolb, stellvertretender Vorsitzender der Konzern Versicherungskammer, sieht in der Regulation auch positive Seiten wie bspw. die Klimaziele. Es könne jedoch nicht angehen, dass mit viel Zeit- und Kostenaufwand Berichte verfasst werden, die am Ende niemand lese.

Vorschau

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

18./19.12.2025 Europäischer Rat

Rat

15.12.2025 Rat Auswärtige Angelegenheiten

15.12.2025 Rat Energie

16.12.2025 Rat Umwelt

17.12.2025 Rat Allgemeine Angelegenheiten

Europäische Kommission

16.12.2025

- Gesundheitspaket
- Wohnungspaket
- Automobilpaket
- Paket zur Umsetzung des „Clean Industrial Deal“

Europäisches Parlament

15.-18.12.2025 Plenarsitzung in Straßburg:

- Anreize für verteidigungsbezogene Investitionen im EU-Haushalt zur Umsetzung des Plans „ReArm Europe“
 - Änderung bestimmter GAP-Verordnungen in Bezug auf das Konditionalitätssystem, Interventionskategorien in Form von Direktzahlungen, Interventionskategorien in bestimmten Sektoren, Berichte zur Entwicklung des ländlichen Raums und jährliche Leistungsberichte, die Governance im Bereich Daten und Interoperabilität, Aussetzungen von Zahlungen im Rahmen des jährlichen Leistungsabschlusses sowie Kontrollen und Sanktionen

- Einstellung der Einführen von russischem Erdgas, Verbesserung der Überwachung potenzieller Energieabhängigkeiten und Änderung der Verordnung (EU) 2017/1938
- Bilaterale Schutzklausel in Bezug auf landwirtschaftliche Erzeugnisse im Rahmen des EU-MERCOSUR Partnerschaftsabkommens und des EU-MERCOSUR-Interimsabkommens für Handel
- Änderung der Richtlinie über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten
- Zwangslizenzen für Patente in Krisensituationen
- Bereitstellung einer Makrofinanzhilfe für Jordanien
- Reserve für die Anpassung an den Brexit
- Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung zugunsten entlassener Arbeitnehmer: Antrag EGF/2025/003 SE/Northvolt – Schweden
- Anforderungen an die Nachhaltigkeitsberichterstattung und die Sorgfaltspflichten von Unternehmen
- Entwaldungsverordnung: bestimmte Verpflichtungen von Marktteilnehmern und Händlern
- Umsetzung der Konditionalitätsregelung
- Erläuterung des Europäischen Plans für erschwinglichen Wohnraum - Erklärung der Kommission
- Erläuterung des EU-Plans für die Gesundheit von Herz und Kreislauf - Erklärung der Kommission
- Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates vom 18./19. Dezember 2025 - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Ernennung des Exekutivdirektors der Europäischen Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (EIOPA)
- Abkommen zwischen der EU und Jordanien über wissenschaftliche und technologische Zusammenarbeit: Modalitäten und Bedingungen der Beteiligung von Jordanien an der Partnerschaft für Forschung und Innovation im Mittelmeerraum (PRIMA)
- Gemeinsames Unternehmen für europäisches Hochleistungsrechnen (EuroHPC)
- Militärische Mobilität
- Europäische Verteidigung – Bereitschaft 2030: Bedarfsermittlung
- Beziehungen zwischen der EU und Saudi-Arabien
- Verschärfung der Demokratiekrisen in Georgien - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Verbraucheragenda 2030 - Erklärung der Kommission
- Auswirkungen der geopolitischen Lage auf Patienten in Europa und ihren Zugang zu Arzneimitteln - Erklärungen des Rates und der Kommission
- Aussprache über Fälle von Verletzungen der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit
- Europäische Bürgerinitiative mit dem Titel „My Voice, My Choice: Für einen Zugang zu sicheren Abtreibungen“

Europäischer Gerichtshof

Termine EuGH/EuG 15.12.2025-09.01.2026:

17.12.2025

Urteile des Gerichts in den verbundenen Rechtssachen T-620/23 bis T-1023/23
Barón Crespo u.a. / Parlament und in der Rechtssache T-483/24 FE /Parlament –
Zusätzliches freiwilliges Altersversorgungssystem der Europaabgeordneten

18.12.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-448/23 Kommission /
Polen (Ultra-vires-Kontrolle der Rechtsprechung des Gerichtshofs – Vorrang des
Unionsrechts) – Urteile und Zusammensetzung des polnischen
Verfassungsgerichtshofs

18.12.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-679/23 P WS u.
a. / Frontex (Gemeinsame Rückkehraktion) – Schadensersatzklage gegen Frontex
wegen Rückkehraktion

18.12.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtsmittelsache C-136/24 P
Hamoudi / Frontex – Schadensersatzklage gegen Frontex wegen Zurückbringung
aufs offene Meer

18.12.2025

Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-417/23 Slagelse
Almennytige Boligselskab, Afdeling chackenborgvænge – Verbot der
Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft (DNK)

18.12.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-422/24 Storstockholms Lokaltrafik –
Körperkameras: Datenschutzrechtliche Informationspflicht (SWE)

18.12.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-366/24 Amazon EU (Mindestgebühren
für die Lieferung von Büchern) -

18.12.2025

Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-184/24 Sidi Bouzid – Entzug von
Leistungen für Asylbewerber (ITL)

18.12.2025

Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in den verbundenen
Rechtssachen C-424/24 und C-425/24 FIGC und CONI – Disziplinarmaßnahmen
gegen Sportmanager (ITL)

Vom 22.12.2025 bis einschl. 09.01.2026 ist sitzungsfreie Zeit. Grundsätzlich finden weder mündliche Verhandlungen statt noch werden Urteile verkündet oder Schlussanträge verlesen. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, dass z.B. in Eilverfahren ein Termin anberaumt wird oder dass den Parteien Beschlüsse zugestellt werden.

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 16.01.2026.

A b k ü r z u n g s v e r z e i c h n i s

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RENEW
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	LINKE
Fraktionslos	FL
Patrioten für Europa	PfE
Europa der souveränen Nationen	ESN
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR

